

Inhaltsverzeichnis

Preisklauseln	18/51
I. Grundsätzliches	18/51
1. Grundsätzliches für die Beurteilung von Preisvereinbarungen	18/51
2. Grundlagen der Preisvereinbarung	18/52
3. Unterschiede einer Preisvereinbarung bei Einzelgeschäft und Dauerschuldverhältnis	18/54
a) Einzelgeschäft	18/55
b) Dauerschuldverhältnisse	18/56
(a) Abkehr der Änderung von Zinsen und Entgelten nach § 315 BGB durch Entscheidung des BGH zu Nr. 17 Abs. 2 AGB-Sparkassen	18/57
(b) Neuregelung der Preisanpassung durch Nr. 12 Abs. 5 AGB-Banken bzw. Nr. 17 Abs. 6 AGB-Sparkassen	18/58
4. Besonderheiten bei Zahlungsdienstleistungen	18/60
a) Vorvertragliche Informationsverpflichtung	18/61a
b) Laufende Informationsverpflichtungen	18/61b
c) Preise für Hauptleistungen des Zahlungsdienstvertrags	18/61e
d) Entgelte für Nebenleistungen	18/61f
5. Maßstab der Rechtsprechung des BGH und der Instanzgerichte zu einzelnen Entgeltklauseln von Kreditinstituten	18/62
a) Differenzierung zwischen „nicht kontrollfähigen Preisen“ und „kontrollfähigen Preisnebenabreden“	18/63
b) Kontrollfreier Bereich nach § 307 Abs. 3 BGB	18/66
c) Grundsatz der kundenfeindlichsten Auslegung von AGB	18/67
d) Problem der verursachergerechten Bepreisung	18/68
e) Rückgriff auf allgemeine Schuldrechtsnormen als Kontrollmaßstab	18/70
f) Schutzzweck des AGB-Gesetzes als Differenzierungskriterium zwischen § 307 Abs. 3 BGB und §§ 307 Abs. 1 und 2, 308, 309 BGB	18/71
g) Höhe eines Entgelts als Kriterium der Angemessenheit im Sinne des § 307 Abs. 1 und 2 BGB	18/72
6. Abgrenzung zwischen § 307 Abs. 3 BGB und den §§ 307 Abs. 1 und 2, 308, 309 BGB nach Maßgabe der Regelung in Art. 4 Abs. 2 der EG-Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (93/13/EWG) vom 5. April 1993	18/73
II. Kriterien des BGH für die Zulässigkeit der Bepreisung von Dienstleistungen	18/74
1. Ausgangspunkt des BGH – die Erbringung einer „Leistung“	18/76
a) Grundüberlegung des BGH	18/76
b) Als entgeltfähig anerkannte Tätigkeiten	18/77
2. Nicht bepreisable Tätigkeit für die Erbringung einer nebenvertraglichen Verpflichtung	18/78
3. Nicht bepreisable Tätigkeit für die Erbringung einer gesetzlich auferlegten Verpflichtung	18/79
4. Entgeltklauseln, die dem Kunden eine Haftung ohne Verschulden auferlegen	18/81
5. Klauseln, die eine Dienstleistung für einen Zeitabschnitt bepreisen, jedoch keine zeitanteilige Erstattung bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages vorsehen	18/82

III. Anmerkungen zu einzelnen Entgeltpositionen	18/83
1. Entscheidungen des Bundesgerichtshofes zu Preisanpassungsklausel Nr. 17 Abs. 2 AGB-Sparkassen	18/83
2. Auslagensatz Nr. 12 Abs. 6 AGB-Banken; Nr. 18 AGB-Sparkassen	18/84
3. Kontoführungsentgelt für ein Pfändungsschutzkonto nach § 850k ZPO	18/85
4. Bearbeitungsentgelt bei Abschluss eines Darlehensvertrages	18/86
a) Bearbeitungsentgelt bei Verbraucherdarlehen	18/86a
b) Bearbeitungsgebühren bei Förderdarlehen	18/86f
c) Bearbeitungsgebühren bei gewerblichen Darlehen	18/86g
d) Bearbeitungsgebühr bei Bauspardarlehen	18/86h
5. Abschlussgebühr für einen Bausparvertrag	18/87
6. Darlehenskontoführung/Jahreskontoauszug	18/88
a) Darlehenskontoführung	18/88a
b) Entgelt für einen Jahreskontoauszug	18/88b
7. Wertermittlung einer Sicherheit insbesondere Immobilien	18/89
8. Rückgewähr/Sicherheitenfreigabe, Sicherheitenübertragung und Sicherheitentausch	18/90
a) Rückgewähr einer Sicherheit nach Erlöschen des Sicherungszwecks	18/90a
b) Sicherheitenübertragung bei Ablösung durch Dritte	18/90b
c) Sicherheitentausch	18/90c
9. Entgelt für Bargeldein- und Barauszahlungen sowie Buchungsposten	18/91
10. Entgelt für die die Nichteinlösung einer Lastschrift mangels Deckung/ Nichtausführung eines Dauerauftrags/eines Überweisungsauftrags und der Nichteinlösung eines Schecks	18/92
a) Änderung der Rechtslage durch die EU Zahlungsdiensterichtlinie und § 675o Abs. 1 S. 4 BGB	18/92a
b) Rechtslage bei Benachrichtigung über die Nichteinlösung eines Schecks	18/92b
c) Entgelterhebung im Verhältnis zwischen dem Scheck-/Lastschrifteinreicher und der ersten Inkassostelle	18/92c
d) Durchbelastung des Interbankenentgeltes seitens der ersten Inkassostelle an den Scheck-/Lastschrifteinreicher	18/92d
11. Erhebung eines Entgeltes für die Bearbeitung von Freistellungsaufträgen und die Erteilung von Steuerbescheinigungen	18/93
a) Einzelsteuerbescheinigungen nach § 45a Abs. 2 EStG	18/93a
b) Ausstellung einer Jahressteuerbescheinigung	18/93b
c) Ausstellung einer Ersatzsteuerbescheinigung nach § 45 a Abs. 5 Satz 1 EStG	18/93c
d) Jahresbescheinigungen nach § 24 c EStG	18/93d
12. Zulässigkeit der Erhebung eines Entgeltes für die Übertragung von Wertpapieren im Rahmen der laufenden Geschäftsbeziehung	18/94
IV. Weitere Entgeltregelungen	18/95
1. Allgemeine Entgeltregelungen	18/95
a) Auskunfterteilung an das Amtsgericht im Rahmen des Versorgungsausgleichs nach FamFG	18/95a
b) Entgelt für die Entgegennahme von Hartgeld	18/95b
c) Entgelt für die wiederholte Erstellung eines Angebots	18/95c
d) Entgelt für Vertragsänderungen	18/95d
e) Mahnungen	18/95e
f) Gesonderter Ausweis der Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer in einem Preisverzeichnis	18/95f
g) Nachforschungen in sonstigen Fällen	18/95g
h) Nachlassangelegenheiten	18/95h
i) Kontopfändung	18/95i

(a)	Bearbeitung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	18/95j
(b)	Unterrichtung über Kontopfändung	18/95k
(c)	Aussetzung/Ruhendstellung einer Pfändung	18/95l
j)	Vollmachten	18/95m
2.	Kreditgeschäft	18/96
a)	Darlehensauszahlung in Teilbeträgen	18/96a
b)	Bereitstellungsprovision für nicht in Anspruch genommene Kreditmittel	18/96b
c)	Rangrücktritt	18/96c
d)	Vorfälligkeitsentschädigung/Vorfälligkeitsentgelt und Bearbeitungsentgelt für dessen Berechnung	18/96d
(a)	Vorfälligkeitsentschädigung	18/96d
(b)	Vorfälligkeitsentgelt	18/96e
(c)	Bearbeitungsentgelt für die Berechnung einer Vorfälligkeitsentschädigung/eines Vorfälligkeitsentgeltes	18/96f
3.	Spareinlagen	18/97
a)	Entgelt für die Vormerkung einer Abtretung oder Verpfändung von Spar- bzw. Depotkonten	18/97a
b)	Aufgebotsverfahren und Neuausstellung eines Sparbuches	18/97b
c)	Sparbuchkündigung/Sparbuchauflösung	18/97c
d)	Mietkaution	18/97d
4.	Wertpapier-/Depotgeschäft	18/98
a)	Depotauszüge	18/98a
b)	Finanztransaktionssteuer (FTS)	18/98b
c)	Erteilung von Limiten für die Erteilung von Wertpapieraufträgen	18/98c
d)	Zeichnungsauftrag/Nichtzuteilung	18/98d
5.	Kartengeschäft	18/99
a)	Auslandseinsatzentgelt für eine Kreditkarte	18/99a
b)	Sperrung einer Zahlungskarte/Zahlungsauthentifizierungsinstruments	18/99b
c)	Entsperrung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments	18/99c
d)	Kartenzahlung	18/99d
6.	Überweisungsverkehr	18/100
a)	Einrichtung, Ausführung und Löschung eines Dauerauftrags	18/100a
b)	Erteilung von Kontoauszügen bei Girokonten	18/100b
c)	Zwangversand von Kontoauszügen	18/100c
d)	Entgelt für Reklamationen, Nachfragen und Nachforschungen	18/100d
e)	Übersendung eines Einmalpasswortes zum Online-Banking/smsTAN	18/100e
7.	Sonderleistungen unter SEPA	18/101
a)	Beachtung eines Widerrufs des Kunden hinsichtlich einer Überweisung oder Dauerauftrags nach Ablauf der Widerrufsfrist	18/101a
b)	Entgelt für die Wiederbeschaffung (Recall) einer Überweisung oder eines Dauerauftrages bei fehlerhafter Angabe der Kundenkennung des Zahlungsempfängers durch den Kunden	18/101b
c)	Entgelt für die Rückgabe einer fehlüberwiesenen/nicht autorisierten Überweisung (Recall)	18/101c
d)	Entgelt für die Konvertierung (Umwandlung) von Zahlungsaufträgen nach dem 1.2.2014	18/101d
e)	Entgelt für den Rückruf eines SEPA-Lastschriftauftrags durch den Kunden nach Einreichung der Datei bis zum Fälligkeitstag	18/101e
f)	Anforderung eines Mandats nach einer Lastschriftbelastung auf Grund Beanstandung des Kunden zur Klärung des Rückgabeverlangens	18/101f
g)	Entgelt für eine Expresslastschrift/COR1-Option	18/101g
h)	Bestätigung eines Firmenkundenmandats	18/101h
i)	Entgelt für einen vereinbarten späteren Einzug von SEPA-Lastschriften nach verspäteter Einreichung	18/101i

V. Unmittelbare europarechtliche Vorgaben im Zusammenhang mit der Berechnung von Entgelten	18/102
1. Empfehlung 98/286/EG der Kommission vom 23. April 1998 zu Bankentgelten im Zusammenhang mit der Umstellung auf den Euro	18/103
2. Keine allgemeine Verpflichtung zur preislichen Gleichbehandlung nationaler und grenzüberschreitender Geschäftsvorfälle mit Inkrafttreten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	18/104
3. Die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro und der Nachfolgeregelung, sowie der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 vom 16.9.2009	18/104a
a) Räumlicher Anwendungsbereich der EU-Preisverordnung	18/104b
b) Persönlicher Anwendungsbereich	18/104g
c) Sachlicher Anwendungsbereich	18/104h
d) Betragsgrenze	18/104i
e) Inhaltlicher Anwendungsbereich	18/104j
(a) Grenzüberschreitende elektronische Zahlungsvorgänge	18/104j
(b) Bepreisung von Geldautomatentransaktionen	18/104l
f) Notwendigkeit zur Angabe der International Bank Account Number – IBAN – und des Bank Identifier Code – BIC	18/104n
g) Interbankenentgelte für Lastschriften	18/104o
Empfehlung der Kommission vom 23. April 1998	18/105
VERORDNUNG (EG) Nr. 924/2009 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES	18/106
VI. Übersicht über im gerichtlichen Klageverfahren angegriffene Klauseln mit Preisbezug	18/107
A. Kontoführung	18/107a
B. Kartengestützter Zahlungsverkehr	18/107b
C. Kreditrecht	18/107c
D. Wertpapierrecht	18/107d
Die richterliche Preiskontrolle im Bankbereich aus europäischer Sicht	115
„Ich leide – also bin ich“ Einige Anmerkungen eines Bankjuristen zur Entgeltrechtsprechung	130